


<b>Gericht:</b>	BVerwG 2. Senat
<b>Entscheidungsdatum:</b>	28.07.2020
<b>Rechtskraft:</b>	ja
<b>Aktenzeichen:</b>	2 B 26/20, 2 B 26/20 (2 C 18/20)
<b>ECLI:</b>	ECLI:DE:BVerwG:2020:280720B2B26.20.0
<b>Dokumenttyp:</b>	Beschluss
<b>Quelle:</b>	
<b>Normen:</b>	§ 88 S 2 BBG, Art 2 Nr 2 EGRL 88/2003
<b>Zitiervorschlag:</b>	BVerwG, Beschluss vom 28. Juli 2020 – 2 B 26/20 –, juris

---

## **Freizeitausgleich für Polizeivollzugsbeamte wegen Bereitschaftszeiten bei G7-Gipfel; Revisionszulassung**

### **Orientierungssatz**

Zulassung der Revision zur (weiteren) rechtsgrundsätzlichen Klärung der Voraussetzungen für die Gewährung von Freizeitausgleich für in den Einsatzbefehlen und Dienstplänen eines polizeilichen Großeinsatzes vorgesehene "Ruhezeiten" als Einsatzzeiten, insbesondere unter den Gesichtspunkten der Anordnung von Mehrarbeit (§ 88 Satz 2 BBG) und der unionsrechtlichen Zuvielarbeit (hier: betreffend eine Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaft von Polizeivollzugsbeamten beim G7-Gipfel in Elmau im Jahr 2015). (Rn.1)

### Verfahrensgang

vorgehend Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen 1. Senat, 13. Februar 2020, 1 A 1671/18, Urteil  
vorgehend VG Köln, 8. März 2018, 15 K 4640/16  
Diese Entscheidung wird zitiert

### **Rechtsprechung**

Parallelentscheidung BVerwG 2. Senat, 28. Juli 2020, 2 B 31/20, ...  
Parallelentscheidung BVerwG 2. Senat, 28. Juli 2020, 2 B 30/20, ...  
Parallelentscheidung BVerwG 2. Senat, 28. Juli 2020, 2 B 29/20, ...  
Parallelentscheidung BVerwG 2. Senat, 28. Juli 2020, 2 B 28/20, ...  
Parallelentscheidung BVerwG 2. Senat, 28. Juli 2020, 2 B 27/20, ...

### **Tenor**

Die Entscheidung über die Nichtzulassung der Revision in dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 13. Februar 2020 wird aufgehoben.

Die Revision wird zugelassen.

Die Entscheidung über die Kosten des Beschwerdeverfahrens folgt der Entscheidung in der Hauptsache.

Der Wert des Streitgegenstandes wird für das Beschwerdeverfahren und - insoweit vorläufig - für das Revisionsverfahren auf 3 236,76 € festgesetzt.

## **Gründe**

- 1 Die Beschwerde der Beklagten ist begründet. Die Revision ist wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache zuzulassen (§ 132 Abs. 2 Nr. 1 VwGO). Das Revisionsverfahren kann dem Bundesverwaltungsgericht Gelegenheit geben zur (weiteren) rechtsgrundsätzlichen Klärung der Voraussetzungen für die Gewährung von Freizeitausgleich für in den Einsatzbefehlen und Dienstplänen eines polizeilichen Großeinsatzes vorgesehene "Ruhezeiten" als Einsatzzeiten, insbesondere unter den Gesichtspunkten der Anordnung von Mehrarbeit (§ 88 Satz 2 BBG) und der unionsrechtlichen Zuvielarbeit (hier: betreffend eine Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaft von Polizeivollzugsbeamten beim G7-Gipfel in Elmau im Jahr 2015).
  
- 2 Die Festsetzung des Werts des Streitgegenstandes für das Beschwerdeverfahren beruht auf § 47 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 und § 52 Abs. 3 Satz 1 GKG sowie hinsichtlich der vorläufigen Festsetzung für das Revisionsverfahren auf § 63 Abs. 1 GKG i.V.m. den vorgenannten Vorschriften; der festgesetzte Betrag entspricht dem Umfang des noch begehrten Freizeitausgleichs in Höhe von 166,5 Stunden auf der Grundlage der im streitgegenständlichen Zeitraum für einen Beamten der Besoldungsgruppe A 12 maßgeblichen Mehrarbeitsvergütung (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 BMVergV i.d.F. vom 25. November 2014) von 19,44 €.